

Transformationsprozesse in Afrika

1. Afrika im Wandel	1
2. Fortschreibung alter Abhängigkeiten	1
Ölhandel von strategischer Bedeutung	2
China: Kollision von Interessenssphären.....	3
Geostrategische Interessen.....	4
3. Systematischer Ausschluss	4
Rechtlosigkeit als Normalzustand. Das Beispiel Angola	5
Formierung sozialer Bewegung: Das Beispiel Sierra Leone	7
4. Afrika in Bewegung	8
5. Literatur	9

1. Afrika im Wandel

Im Jahr 2006 wurden auf der Welt 278 politische Konflikte ausgetragen¹, 74 davon im subsaharischen Afrika. Meist wurde um den Erhalt oder das Erringen nationaler Macht gekämpft oder - und zum Teil ging und geht dies unmittelbar miteinander einher - um den Zugriff auf natürliche Ressourcen. Einige langjährige Konflikte wurden inzwischen beendet. In Sierra Leone waren UN-Truppen beteiligt, in anderen Ländern trugen erfolgreiche Friedensverhandlungen, die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung oder - wie im Fall Angola - der Tod eines Rebellenführers zum Ende der Kampfhandlungen bei.

Die Anzahl kleinerer und zeitlich befristeter gewalttätiger Konflikte steigt jedoch. In diesen agieren reguläre Armeen, Kriegsfürsten (Warlords), private Sicherheitsfirmen, Waffenhändler, afrikanische Nachbarländer, westliche Regierungen, Schmuggler und internationale Konzerne. Die jeweiligen Akteure bekämpfen sich oder machen miteinander Geschäfte - je nachdem, was für ihre jeweiligen Interessen vorteilhaft erscheint. Der Ökonom Mark Duffield hat dies zutreffend als Netzwerk-Krieg charakterisiert. Im Folgenden soll es jedoch nicht in erster Linie um Kriege gehen, sondern um strukturelle Gewaltverhältnisse, die auch nach dem Ende von Konflikten fortauern und nicht nur durch Kriege, sondern auch durch Freihandelsabkommen sowie die Kollision ökonomischer und geostrategischer Interessen geschaffen werden. Abschließend möchte ich der Frage nachgehen, welche Auswirkungen dies für die Bevölkerung der einzelnen Länder hat, und dabei den Blick vor allem auf die Formierung sozialer Bewegungen richten. Natürlich kann dies nur exemplarisch geschehen; es wäre verkürzt, von Afrika mit seinen 53 Ländern und 900 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern als Einheit sprechen zu wollen. Die afrikanischen Länder nördlich der Sahara bleiben zudem ausgeklammert.

2. Fortschreibung alter Abhängigkeiten

Der afrikanische Reichtum an natürlichen Ressourcen hat in der Vergangenheit immer wieder Konflikte finanziert und - auf den ersten Blick erscheint dies paradox zu sein - in Nachkriegsgesellschaften den Aufbau demokratischer Strukturen verhindert. Was sind die Ursachen hierfür?

In der postkolonialen Ära hat sich in vielen afrikanischen Ländern keine souveräne Staatlichkeit herausbilden können. Die Kolonialherrschaft endete z.T. erst vor wenigen Jahrzehnten, in Angola und Mosambik 1974. Das Apartheidsystem in Südafrika wurde erst 1994 abgeschafft. Auf die kolonialen Strukturen greifen die Regierungen und Konzerne des Nordens bis heute ebenso zurück, wie die heutigen Präsidenten und Eliten. In vielen

¹ Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung www.hiik.de

Ländern übernahmen die neuen Regierungen nach dem Ende der Kolonialherrschaft die Privilegien der kolonialen Machthaber und führten – teilweise notgedrungen - die verheerende Wirtschaftspolitik weiter, die lediglich den Metropolen gewisse Wachstumschancen eröffnet. Die Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen aufgrund einer nicht diversifizierten Wirtschaft und die Notwendigkeit, fast alle Güter des täglichen Bedarfs zu importieren, hat zu einer immensen Zunahme der Verschuldung in den 1980er Jahren beigetragen. Schwere Umweltschäden, vor allem verursacht durch die Ölförderungen behindern zusätzlich eine Diversifizierung der Ökonomien.

Eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung und Verfestigung von Gewaltökonomien nach dem Ende der Stellvertreterkriege 1989 ist auch heute noch der Zugriff auf wirtschaftlich verwertbare Ressourcen² durch die Konfliktparteien sowie eine enge Kooperation mit internationalen Konzernen, um Zugänge zu den globalen Märkten zu erhalten. Ohne Käufer in den Industrienationen wären die natürlichen Ressourcen wertlos. Und deren Interesse an den afrikanischen Reichtümern, vor allem Uran, Diamanten und Platin ist ungebrochen.

Ölhandel von strategischer Bedeutung

Von vordringlichem strategischem Interesse sind die afrikanischen Ölvorkommen. Bedingt durch die unkontrollierbare Lage im Nahen und Mittleren Osten seit den Anschlägen vom 11.9. begann die US-Administration ihren Einfluss auf die Importquelle entlang der westafrikanischen Küste geltend zu machen.³ Die Förderlizenzen sind oft zu Dumpingpreisen zu haben, weil die ölreichen Länder Afrikas meist nicht Mitglied der OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder) sind. Das Öl wird zudem nur selten von staatlichen Firmen, sondern meist direkt von internationalen Konzernen gefördert.

Weil dort gigantische Erdölvorkommen vermutet werden (etwa 24 Millionen Barrel Öl, das entspricht einem derzeitigen Marktwert von mind. 160 Milliarden US\$), kommt Äquatorialguinea eine Schlüsselrolle zu. ExxonMobil und Texaco sind hier dominierend – beide Konzerne sind nach einem Untersuchungsbericht des US-Senats eng mit der Familie des seit 1979 diktatorisch regierenden Präsidenten und Multimillionärs Teodore Obiang verbandelt und zahlen jährlich Tantiemen in Höhe von 700 Millionen US\$ (FR 29.09.04). Äquatorialguinea gilt als eines der repressivsten Regimes weltweit. Der IWF hatte 2001 einen kritischen Bericht über den kleinen Inselstaat (500 000 Einwohner/innen) vorgelegt, den er zwei Jahre später relativierte – ohne dass sich an der Politik etwas geändert hätte.⁴ Es ist zu vermuten, dass dies den politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA geschuldet war (KfW 2004). Die Hälfte der Konzessionen in Westafrika wurde an Ölförderer aus dem direkten Umfeld von Präsident Bush vergeben. „Das Öl liegt so weit vor der Küste, dass die Afrikaner gar nicht merken, wenn es abtransportiert wird“ zitiert die Zeitschrift „New Yorker“ einen US-Beamten (FR 3.6.04). Die USA wollen in Äquatorialguinea nicht nur ein Konsulat eröffnen, sondern auch ihre Militärstützpunkte ausbauen. Das neu gegründete U.S. Africa Command (AFRICOM) mit Sitz in Stuttgart soll seine Tätigkeit 2008 aufnehmen und u.a. für militärische Operationen in der Region zuständig sein (Zeitschrift eins 4/07).

² Afrika hält ca. 60 % des Weltmarktanteils im Diamantenhandel. Viele weitere natürliche Ressourcen wie Mangan für die Stahlerzeugung, Kobalt und Chrom für die Leichtmetalllegierungen vor allem in der Luftfahrtindustrie sowie der Abbau von Zinnerz sind für Europa und die USA von Bedeutung.

³ Schätzungen der Erdöleinnahmen zwischen 2004 – 2010

- Nigeria 110 Mrd. US\$

- Angola 43 Mrd. US\$

- Äquatorialguinea 10 Mrd. US\$

⁴ Befindet sich das Land hinsichtlich des Pro Kopf Einkommens weltweit auf Platz 53, ist es auf dem Rang der menschlichen Entwicklung auf Platz 116 zu finden (Human Development Index 2003).

Ökonomische Interessen und sicherheitspolitische Erwägungen sind untrennbar miteinander verbunden.

China: Kollision von Interessenssphären

Seit einigen Jahre intensiviert China seine Handelsbeziehungen zu vielen afrikanischen Ländern und seither kollidieren die Interessenssphären mit denen Europas und der USA. Das rasante Wachstum der chinesischen Wirtschaft vervielfacht den Ölbedarf des Landes. China ist in kurzer Zeit zum drittstärksten Wirtschaftspartner⁵ des Kontinents aufgestiegen (Die Zeit 18.09.06) und wird von Bush als Washingtons gefährlichster „strategischer Rivale“ bezeichnet (zitiert nach Informationsstelle Militarisierung 19.4.2005). In Militärkreisen wird hervorgehoben, dass die Kontrolle der weltweiten Ölvorräte und ihrer Transportwege als Vorbereitung für kommende Auseinandersetzungen von zentraler Bedeutung ist: Einerseits um den eigenen Zugang zu sichern, aber auch, um gegebenenfalls andere Länder durch den Stopp von Öllieferungen politisch unter Druck setzen zu können.

China versucht, mit Maßnahmen wie Schuldenerlass, der Erhöhung von Entwicklungshilfe und der Ausbildung von Fachkräften seine Akzeptanz in Afrika weiter auszubauen. Das Land ist als Handelspartner bei vielen afrikanischen Präsidenten deshalb so beliebt, weil sie sich grundsätzlich nicht in die inneren Angelegenheiten ihrer Partner einmischen und die Zusammenarbeit nicht an die neuerdings strenger werdenden Konditionen westlicher Geberländer knüpfen, die in Afrika oft als Erpressung empfunden werden.⁶ 2006 gewährte Chinas Präsident Hu Jintao Angola einen zinsgünstigen Kredit über zwei Milliarden US\$ und erhielt prompt den Zuschlag für ein umkämpftes Ölfeld. Die Bereicherung der korrupten Elite Angolas – in den letzten vier Jahren sind zirka 4,2 Mrd. US\$ aus dem Erdölsektor verschwunden, während die Mehrheit der Bevölkerung im Elend versinkt – wird in Peking ignoriert. Diese interessengeleitete Politik wurde zuvor jahrzehntelang von den USA praktiziert, auch Chinas Einstieg in den Waffenhandel wurde von den Vorbildern in den USA und Europa übernommen (Inkota 2006).

Doch alle Maßnahmen können nicht verbergen, dass China mit der Importschwemme billiger Waren zum Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige, z.B. der Textilindustrie in Sambia beiträgt (DIE ZEIT 18.09.06) und undemokratische Regime mit Investitionen stabilisiert. Eine gleichberechtigte Partnerschaft ist nicht auszumachen, vielmehr zeichnet sich eine Entwicklung ab, die postkoloniale Abhängigkeiten schafft, so der senegalische Autor Adama Gaya (Süddeutsche Zeitung 31.01.07).

Dieser Vorwurf lässt sich ebenso gegen die europäische Afrikapolitik erheben. Der Abschluss von bilateralen Wirtschaftspartnerabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) zwischen der EU und 77 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) drängt die AKP-Staaten die Rahmenbedingungen für Investitionen zu liberalisieren; dies soll vor allem europäischen Unternehmen günstige Rahmenbedingungen schaffen. Europa betreibt mit diesen Abkommen einen selektiven Protektionismus, um seine Märkte zu schützen. Auf diese Weise verwüstet die europäische Dumpingpolitik auch Teile der afrikanischen Landwirtschaft. Oft bleibt den Landarbeiter/innen nur noch die Flucht nach Europa. Im südspanischen Almería

⁵ Auf Platz 1 und 2 liegen die USA und Frankreich.

⁶ Politisch ist China bei afrikanischen Politikern hoch angesehen, weil es keine koloniale Vergangenheit hat und im Gegensatz zu den USA und Europa nicht mit Sklavenhandel, Genozid oder Besatzung assoziiert wird (fahamu 2007, S. 130). Weiterer Pluspunkt: Während die Krankheiten der Armut für westliche Pharmafirmen nicht interessant sind, erzeugen chinesische Firmen seit Jahrzehnten billige Malariamittel. Deren Export nach Afrika wird von der chinesischen Regierung subventioniert. Chinesische Firmen sind auch eher bereit in Afrika mit lokalen Firmen zusammenzuarbeiten als westliche Konzerne (WOZ 22.3.07)

arbeiten heute Tausende afrikanische Migranten ohne jede soziale Absicherung und zu Stundenlöhnen von ca. 2 Euro (Süddeutsche Zeitung 27.12.06).

Auch für den sog. Braindrain, das Abwandern von gut ausgebildeten Fachkräften trägt Europa eine Mitverantwortung. Gezielt wird z.B. medizinisches Fachpersonal abgeworben, um das hiesige marode Gesundheitssystem zu sanieren (Süddeutsche Zeitung 02.01.2007). Die Entwicklung der letzten 20 Jahre hat gezeigt, dass Freihandelszonen nur den dominanten Ländern Vorteile bringen: Handelsliberalisierung hat zu massiver Armut und Arbeitslosigkeit geführt, selbst die Weltbank, so EPA-Expertin Annette Groth, hat daraus den Schluss gezogen, nicht mehr ausschließlich auf den freien Markt zu setzen. Der afrikanische Anteil des Weltexportes lag 2006 bei nur 2,8 % - 1980 waren es noch 6,0 % (Zahlen www.uneca.org). Dennoch drängt die EU die afrikanischen Regierungen, die Auszahlung von Finanzhilfen zu stoppen. So wird die partnerschaftliche Ungleichheit konkret ausgestaltet: durch Erpressung.

Geostrategische Interessen

Die Afrika-Politik der dominanten Staaten hat seit der Kolonialzeit in vielen afrikanischen Ländern Konflikte hervorgerufen, finanziert und am Laufen gehalten. Am Beispiel Somalia wird die Verschränktheit von geostrategischen und ökonomischen Interessen offenkundig. Am Horn von Afrika führen die täglichen Öl-Transporte aus Saudi-Arabien und Jemen vorbei und so begründete Verteidigungsminister Jung die Stationierung deutscher Truppen im Nachbarland Djibuti mit nationalen Interessen: „Eine freie und sichere Energieversorgung gehört zu den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands. Wenn Terroristen eine Meerenge kontrollieren, dann liegt das in unserem Interesse, für freien Handel zu sorgen.“ (Franz Josef Jung 2006 im Focus). Doch es wird noch verschachtelter: Die UNO berichtete vor wenigen Wochen, Iran habe Somalia Waffen im Tausch gegen Uran angeboten (taz 16.1.07). Für die USA gehört die Region schon längst zu den Schauplätzen des Kriegs gegen den Terror (Le Monde Diplomatie Feb. 2007). Das vom US-Verteidigungsministerium finanzierte „Africa Center for Strategic Studies“ im benachbarten Äthiopien hat es sich zum Ziel gesetzt, der ideologischen Unterstützung für den Terrorismus entgegen zu wirken und örtliche militärische Kapazitäten zu stärken (eins 04/2007).

Teilweise wurden und werden ausländische Akteure auch zum integralen Bestandteil der Auseinandersetzungen. Im Sudan z.B. schützen chinesische Soldaten die Pipelines durch die Kriegsgebiete und sind teilweise selbst in Schießereien verwickelt (taz 18.8.06).

Die Politik gegenüber Somalia und Sudan folgt der Logik des von den USA ausgerufenen Krieges gegen den Terror, der es legitimiert, in einem als gefährlich definierten Staat durch militärische Intervention gewaltsam „die Ordnung wiederherzustellen, um liberale Werte durchzusetzen“ (Wagner 2004). Das Gefahrenpotential wird hierbei ausschließlich in den Ländern selbst verortet und nicht in der politischen Praxis der dominanten Staaten.

3. Systematischer Ausschluss

Die Bevölkerung ist von den beschriebenen Transformationsprozessen auf unterschiedliche Weise betroffen. Die Kriege führen zu Vertreibung, Traumatisierung und völliger Verelendung. Die überwältigende Mehrheit der Opfer afrikanischer Konflikte – die Zahlen schwanken zwischen 80 und 90% – sind heutzutage Zivilisten, denn die Gewalt findet meist im unmittelbaren Lebensraum der Zivilbevölkerung statt. Zweifellos ist jedes Kriegsende für die Bevölkerung eine positive Zäsur, weil die tägliche Angst vor dem Tod nicht mehr länger den Alltag bestimmt.

Doch von Frieden kann in afrikanischen Nachkriegsgesellschaften nicht gesprochen werden, da das Ende der Kampfhandlungen auch aus den ausgeführten Gründen nur selten eine nennenswerte Verbesserung der ökonomischen und sozialen Situation mit sich bringt. Eine wichtige Ursache hierfür ist, dass der Rohstoffreichtum – dies gilt vor allem für den Ölhandel – den Handlungsspielraum der Regierungen afrikanischer Exportländer vergrößert: Diese sind zwar abhängig von internationalen Konzernen, zugleich jedoch unabhängig von der eigenen Bevölkerung, weil die Rohstoffe ein breit gefächertes Steuersystems, wie es meist in diversifizierten Wirtschaften zu finden ist, überflüssig macht. Sie brauchen das Geld schlichtweg nicht. Auch existiert nur selten ein demokratisches System, das die Regierenden in ihrem Handeln legitimiert und vor dem sie sich rechenschaftspflichtig fühlen müssten – der Machterhalt wird durch Korruption und Bereicherung und nicht durch Wahlen oder demokratische Mitbestimmung gesichert.

Der Einschluss Afrikas in das globalisierte Weltsystem durch Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und Freihandelsabkommen trägt zum systematischen Ausschluss einer nach Millionen zählenden und täglich wachsenden „Überschussbevölkerung“ aus jeder Entwicklungsperspektive bei: Millionen Menschen sind als künftige Konsumenten, erst recht als Produzenten gar nicht mehr vorgesehen, ihre Arbeits- und Kaufkraft wird zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems kaum mehr benötigt. Zygmunt Baumann beschreibt dieses Phänomen in seinem Buch „Die Verworfenen“ über die Ausgegrenzten der Moderne als ein globales, das Afrika gleichsam in besonderer Weise betrifft. „Überflüssigkeit umschreibt einen neuartigen, aktuellen Normalzustand – bedrohliche Zustände, die wohl von Dauer sein werden“ (Baumann 2005).

Dies ist vor allem bei der Ölförderung zu beobachten: Auf den Bohrinseln der afrikanischen Westküste von Nigeria bis Südafrika arbeiten nur wenige Arbeiter, die noch dazu meist aus dem Ausland eingeflogen werden.⁷ Diese ausschließende Globalisierung für ist Folge der Liberalisierungspolitik und nimmt der Bevölkerung ein zentrales politisches Druckmittel, weil sich angesichts des Überangebots von Arbeitskräften mit Streiks nur selten Verbesserungen durchsetzen lassen. In den meisten Städten des subsaharischen Afrikas werden im formellen Sektor faktisch keine Arbeitsplätze mehr geschaffen; das gigantische Wachstum afrikanischer Städte geht nicht mit einer De-Industrialisierung einher. Mike Davis spricht in „Planet der Slums“ von einer Urbanisierung ohne Urbanität, die globale informelle Arbeiterklasse umfasst mittlerweile eine Milliarde Menschen (Davis 2007 S.186). In den arbeitskraftintensiven Produktionsstätten wie Gold- und Diamantenminen werden die Menschen extremer, geradezu sklavenhafter Ausbeutung unterworfen.

Rechtlosigkeit als Normalzustand. Das Beispiel Angola

Angola, eines der rohstoffreichsten Ländern des Kontinents, befand sich fast vier Jahrzehnte im Krieg. Nach dem Befreiungskrieg gegen die portugiesische Kolonialherrschaft, der mit der Unabhängigkeit 1974 endete, wurden die Konflikte als Bürgerkrieg, Stellvertreter- und schließlich Verteilungskrieg bis 2002 weitergeführt. Das Ende der Gewalt ging nicht mit einer Stabilisierung der ökonomischen und sozialen Situation einher, im Gegenteil: Angola

⁷ Zusätzlich verschärft wird die soziale Ungleichheit durch die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds: Die strengen Leitlinien zur Privatisierung und Liberalisierung der Märkte haben zur weiteren Zunahme von Arbeitslosigkeit und Verelendung beigetragen.

gehört heute zu den ärmsten Ländern überhaupt⁸, 68% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze⁹.

Die politische Macht wird von Angolas Präsident Eduardo dos Santos von der vormals sozialistischen MPLA durch Klientelismus gesichert, die massive Korruption führt zur Selbstbereicherung der Eliten und lähmt den Aufbau funktionsfähiger staatlicher Strukturen sowie die demokratische Kontrolle des gesellschaftlichen Reichtums. 1998 gab Angola nur 1% des Staatshaushaltes für öffentliche Bildung und Sozialleistungen aus (Davis 2007). Es wird geschätzt, dass dagegen jährlich 1.5 Milliarden US\$ an den Staatskassen vorbei geschleust werden (global witness 2006). Die Regierung investiert einen Teil der Einkünfte aus dem Rohstoffhandel in Armee, Polizei und Geheimdienst, um die Kontrolle über die Bevölkerung sicherzustellen. In Angola herrscht eine „Kultur des Militarismus“ sagt der angolanische Menschenrechtler Rafael Marques. Der Repressionsapparat wurde nach Kriegsende weiter ausgebaut. So sind die wichtigsten Medien unter staatlicher Kontrolle, der Informationsminister z.B. ist gleichzeitig Direktor des Nationalen Radios und der einzige unabhängige Sender „Radio Ecclesia“ steht massiv unter Druck.

Der entrechteten Bevölkerung bleibt der Zugang zu Gesundheit und Bildung verwehrt, sie ist Willkür und Vertreibung ausgesetzt, was die individuelle und die gesellschaftliche Perspektivlosigkeit erhöht.

Besonders gravierend ist die Situation in den diamantenreichen Gebieten, einem der wenigen arbeitskraftintensiven Produktionsfeldern des Landes: Die zumeist kongolesischen Garimpeiros, die auf eigene Faust nach den wertvollen Steinen suchten, wurden nach Kriegsende von Regierungstruppen verjagt, misshandelt und in die Demokratische Republik Kongo abgeschoben. Über 40.000 Menschen leben heute noch unter prekären Umständen im angolanisch-kongolesischen Grenzgebiet (IRIN news 6.3.07). Die Zerschlagung des informellen Sektors in dieser Region ging nicht mit der Schaffung von formellen Beschäftigungsverhältnissen einher. Dadurch hat sich in dieser Region die ökonomische Situation durch das Ende des Krieges verschlechtert. Riesige Landflächen überließ die Regierung den staatlich kontrollierten Diamantenfirmen, die umgehend die lokale Bevölkerung vertrieb, ohne dafür Entschädigung zu bezahlen. Ohne jede Alternative schufteten Tausende für oftmals weniger als 1 USD am Tag. Jede Form des unabhängigen Handels ist in der Region untersagt, außerdem ist das Recht auf Bewegungsfreiheit eingeschränkt (The Stones of Death 2005). Um diese Politik durchzusetzen beschäftigt die angolanische Regierung private Sicherheitsfirmen wie Alfa-5, die Menschenrechts-Verletzungen begeht. Dieser Konzern gehört teilweise zur angolanischen Diamantenfirma Endiama, die mit De Beers¹⁰, dem weltgrößten Diamantenkonzern, Geschäfte macht.¹¹

Die Politik Angolas zielt auf die Kontrollierbarkeit von Ungleichheit, und nicht auf deren Abschaffung. Die Soziologin Teresa Koloma Beck spricht von einer „Normalisierung der Gewalt“, die auch in der Nachkriegsgesellschaft Bestand hat. Die jahrzehntelange Kriegs-

⁸ Index für menschliche Entwicklung (HDI) 2007: Platz 161 von 177 Ländern (Zahlen 2007).

⁹ www.millennium-entwicklungsziele.de

In den Musseques, die sich rund um die Hauptstadt Luanda erstrecken, werden informelle Siedlungen abgerissen, um eine Pufferzone zwischen dem Elend und den florierenden Gebieten im Innenstadt-Bereich zu schaffen. Die Welthungerhilfe spricht von „Vertreibung mit staatlicher Billigung“ es werden bestenfalls neue Siedlungen geschaffen ohne Infrastruktur und Verkehrsanbindung. SOS Habitat kämpft für Einhaltung der Menschenrechte (Bericht amnesty international 2006). Siehe auch Davis 2007.5

¹⁰ Der Handel mit Konfliktdiamanten aus Bürgerkriegsregionen durch internationale Unternehmen wie De Beers ist vor einigen Jahren bekannt geworden (zuletzt durch den Hollywood-Streifen „Blood Diamond“).

¹¹ In einem Brief an die Europäische Kommission fordert medico international die EU dazu auf, im Rahmen des Kimberley Process Certification Scheme öffentlich auf die Arbeitsbedingungen hinzuweisen und lokale Initiativen zur Demokratisierung des Diamantenhandels zu unterstützen.

und Gewalterfahrung hat dazu geführt, dass Gewalt zwar individuell als Leid erfahren wird, oft aber nicht als gesellschaftliches Unrecht verstanden wird. Dieses weit verbreitete Ohnmachtgefühl erschwert die Entwicklung gesellschaftspolitischer Alternativen oder gar Widerstandsperspektiven in hohem Maße.

Daher sind es vor allem die leisen Stimmen des Widerspruchs, denen es gelingt, sich Gehör zu verschaffen. Pepetela, der bekannteste Schriftsteller des Landes¹², hat mit dem Geheimagenten Jaime Bunda eine Romanfigur geschaffen, mit dessen Hilfe er die Leser/innen in das Panoptikum afrikanischer Apparatschiks der Nachkolonialzeit eintreten lässt, die ihr Land mit einem Netz aus Unwissenheit, Unfähigkeit und Brutalität überzogen haben. Das Buch durfte bis heute nicht in Angola erscheinen, ist aber wichtiger Referenzpunkt für die exilangolanische Community. Eine Gruppe von mehr als tausend Exilanten traf sich im Jahr 2004 in Angola, um Perspektiven für eine politische Alternative zu entwickeln; die Teilnehmer des Treffens sahen aber keine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Gewerkschaften können nur in beschränktem Maße für ihre Rechte kämpfen und sich aus Sicherheitsgründen nicht zur politischen Lage äußern (Interview mit J. Marcelino Jan. 2007).

Formierung sozialer Bewegung: Das Beispiel Sierra Leone

Nach 11 Jahren Bürgerkrieg wurde der Krieg in Sierra Leone durch eine massive Intervention von UN-Truppen beendet. Finanziert wurde der Konflikt – das ist seit dem Blockbuster Blood Diamond allseits bekannt – durch den Handel mit so genannten Konfliktdiamanten. Internationale Konzerne, darunter der Weltmarktführer de Beers, verkauften die Diamanten jahrelang auf Europas Börsen. Als zentrale Kriegsursache gilt nach den Erkenntnissen der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) die krasse ökonomische und soziale Ungleichheit im Land.

Fünf Jahre nach Kriegsende ist die Friedensdividende für die zahlreichen Opfer – darunter Tausende Überlebende von gewaltsamen Handamputationen – noch immer ausgeblieben und Sierra Leone ist heute das zweitärmste Land der Welt. Direkt nach Kriegsende wurde die „Amputees and War Wounded Association“ von Überlebenden der brutalen Kriegsführung gegründet, die zu dieser Zeit zu Hunderten in Lagern lebten. Ihr Ziel ist es, sich zu organisieren, um das Recht auf eine Entschädigung politisch durchzusetzen und wieder zum Subjekt ihres eigenen Lebens zu werden. „Entschädigung ist auch die öffentliche Anerkennung des Unrechts, das den physisch und psychisch Verwundeten angetan wurde“ sagt Juso Jaka, Gründer der Association. Inzwischen ist es der Organisation zwar gelungen, ihrer Forderung nach Einrichtung eines Kriegsopferfonds auch international Gehör zu verschaffen – vor allem durch eine europäische Lobbytour und internationale Vernetzung – aber nachhaltige Verbesserungen ließen sich bislang nicht durchsetzen. Noch immer sterben viele Überlebende an armutsbedingten Krankheiten. Politisch ist der Versuch, einen Dachverband von mehreren Opfergruppen zu gründen, um stärker nach außen auftreten zu können, bisher gescheitert. Das ist vor allem den täglichen Kämpfen einer Überlebensökonomie geschuldet, die nur kurzfristige Perspektiven aufscheinen lässt: Der Kampf um das Überleben erlaubt nicht den „Luxus“ strategischer Planungen.

Die andauernde Ungleichheit der Einkommensverhältnisse, eine Analphabetenquote von über 70 % und die Perspektivlosigkeit steigern sogar die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Kriegsausbruchs. Die Uno lässt diese Frage unberührt und feiert noch immer die den erfolgreichsten UN-Einsatz aller Zeiten.

¹² Pepetela hat 1980 den Revolutionsroman „Mayombe“ über den antikolonialen Befreiungskrieg in Angola veröffentlicht.

4. Afrika in Bewegung

Auf die beschriebenen gesellschaftlichen Erosionsprozesse, auf strukturelle Vernachlässigung und Isolation antworten die Menschen in den betroffenen Ländern nicht immer mit einer emanzipatorischen Praxis. So erfahren Christliche Erlöserkirchen in Afrika einen massenhaften Zulauf (de Boeck 2004), ebenso wie islamistische Gruppierungen. Extreme Armut trägt außerdem zu einer Entsolidarisierung in der Gesellschaft bei. Dennoch gibt es auch in repressiven Ländern wie Angola und Nachkriegsgesellschaften wie Sierra Leone emanzipatorische Entwicklungen.

Auf viele weitere und Bewegungen und Organisationen in anderen Ländern Afrikas konnte hier nicht genauer eingegangen werden, einige seien exemplarisch zumindest erwähnt. Die Treatment Action Campaign (TAC) z.B. bemüht sich im südlichen Afrika um die freie Abgabe von AIDS-Medikamenten und hat dabei inzwischen juristische Erfolge gegen die internationale Pharmalobby errungen. Die südafrikanische „Anti Eviction Campaign“ (Antiräumungskampagne) wehrt sich gegen Vertreibung und den Abriss von Wohnraum in den Slumgebieten und wird zunehmend zu einem politischen Faktor im Land. Auf dem Weltsozialforum im Januar 2007 in Nairobi hat sich das „African Water Network“ gegründet. Rund 250 Aktivisten leisten bereits Widerstand gegen die Privatisierung von Wasser. Organisationen aus 40 afrikanischen Ländern sind bereits in diesem Netzwerk aktiv. In Ghana beginnt die Bewegung der Landarbeiter/innen mit der Gründung von Kooperativen, um den Handlungsspielraum in Zeiten von Freihandelsabkommen wie EPAS zu vergrößern. (Gyekye Fantomas 10/2006). Lokale Gruppen kämpfen in Zentralafrika gegen das Weltbank-Vorzeigeprojekt der Tschad-Kamerun-Pipeline und die damit verbundene Ausbeutung ihrer Rohstoffe. In Guinea organisierten Gewerkschafter kürzlich einen Generalstreik gegen den autokratisch regierenden Präsidenten Conté.

Viele Kampagnen streiten international für gerechtere Lebensverhältnisse in Afrika: Für das Recht auf Gesundheit und die Abschaffung von Patenten auf Arzneimittel (www.medico.de), gegen Freihandelsabkommen und für Schuldenerlass.

Auf juristischer Ebene gibt es erste Ansätze, den Profiteuren afrikanischer Konflikte mit internationaler Rechtssprechung zu begegnen. Die Nutznießer des Krieges im Kongo, darunter Banken und Konzerne, sollen nach Willen des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag vor Gericht gestellt werden. Dies kann ein Signal für die Umsetzung des Verursacher-Prinzips sein, d.h. dass diejenigen für den Wiederaufbau von kriegszerstörten Ländern beteiligt werden, die an der Entstehung oder Finanzierung beteiligt waren.

„Die Geächteten des Imperiums haben die Götter des Chaos auf ihrer Seite“ (Mike Davis).

5. Literatur

1. **Zygmunt Baumann:** Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Hamburg 2005
2. **Teresa D. Koloma Beck:** On the Normalization of War. The Case of Angola. Paper for the ad hoc group Orders of Violence 2007
3. **Filip de Boeck und Marie Françoise Plissart:** Kinshasa. Tales of the invisible city. Amsterdam 2004
4. **Bündnis Entwicklung hilft (Hg.):** Dokumentation „Die Rohstoffe Afrikas. Konflikt- und Entwicklungspotential. Bonn 2007
5. **Civil Society Organizations (Hg.):** To mine or not to mine? Freetown 2006
6. **Mike Davis:** Planet der Slums. Berlin 2007
7. **Mike Davis:** Ground Zero der Menschheit. Interview mit Tom Engelhardt. www.tomdispatch.com März 2007
8. **Fahamu (Hg.):** African Perspectives on China in Africa. Nairobi and Oxford 2007
9. **Global witness:** The sinews of war. Eliminating the Trade in Conflict Resources. London 2006
10. **Inkota** Brief Nr. 137 Sep. 2006
11. **Dominic Johnson und Francois Misser:** Im Zeichen des Atoms. taz 16.1.07
12. **David Keen:** Conflict and Collusion in Sierra Leone. London 2005
13. **Kreditanstalt für Wiederaufbau:** Erdölländer in Afrika – Konsequenzen des Ölbooms am Golf von Guinea. August 2004
14. **Stefan Kröpelin:** Der inszenierte Konflikt. Das Spiel mit der Weltöffentlichkeit. In: International. Zeitschrift für internationale Politik. Heft IV 2006
15. **Rafael Marques und Rui Falcão de Campos:** Lundas- The Stones of Death. Human Rights abuses in the Lunda Provinces. Luanda 2004
16. **Rafael Marques:** The New Blood Diamonds. Seminar at School of Oriental and African Studies. London 2006
17. **Christoph Marischka und Jürgen Wagner:** Europas Platz an Afrikas Sonne. In: Tobias Pflüger u.a. (Hg.): Weltmacht Europa. Auf dem Weg in weltweite Kriege. Hamburg 2006
18. **Achille Mbembre:** Afrikas schwieriger Weg in die Demokratie. In: Le Monde diplomatique 10/2000
19. **Network Movement for Justice and Development:** The Network 10/2006
20. **Partnership Africa Canada:** Killing Kimberley? Conflict diamonds and Paper Tigers. Toronto 2006
21. **Jürgen Wagner:** Afrika im Fadenkreuz. Vom vergessenen Kontinent zum Objekt der Begierde. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 6/2004

Anne Jung arbeitet in der Öffentlichkeitsabteilung der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international.
März 2007